



Ein Haufen Schutt blieb von einem sechsstöckigen Gebäude, das am Dienstagmorgen bei einem israelischen Luftangriff auf die Stadt zerbombt wurde
(Foto: Mahmud Hams/AFP)

[AUSLAND](#) 19. Mai 2021

Israel ist mit dem Krieg noch nicht fertig

Angriffe auf Gaza gehen weiter. USA blockieren erneut den UNO-Sicherheitsrat
von Karin Leukefeld

Seit dem 10. Mai hält die kriegsartige Auseinandersetzung zwischen Israel und Militanten im Gazastreifen an. Wie immer ist der Kampf militärisch ungleich, ebenso wie die Opferzahlen. Militante der Hamas und des Islamischen Jihad feuerten aus dem Gazastreifen Hunderte von Raketen auf Israel. Wohnhäuser und Kindergärten wurden zerstört, zehn Personen wurden getötet, darunter eine Frau aus Indien, die als Kindermädchen in Israel arbeitete. Nach Angaben der israelischen Streitkräfte seien mehr als 4.000 Raketen auf Israel gefeuert worden, 90 Prozent habe Israel mit seiner Luftabwehr, dem »Iron Dome« abgefangen. Israel spricht von »heimtückischen« Angriffen. Die Streitkräfte verteidigten nicht nur die eigene Bevölkerung in Israel sondern auch die Menschen im Gazastreifen gegen eine »Terrororganisation«, die die eigene Bevölkerung als »Schutzschilde« mißbrauche, wird behauptet.

Die Ideologie der Hamas sei vergleichbar mit der des »Islamischen Staates im Irak und in der Levante« (IS), sagte der israelische Botschafter bei der UNO, Gilad Erdan, bei der öffentlichen Sitzung des UNO-Sicherheitsrates am vergangenen Sonntag. Es sei deren »verruchter Plan«, Israel zu zerstören, die Macht in der Westbank zu übernehmen und die Administration von Mahmud Abbas zu vernichten. Der Angriff der Hamas habe nichts mit

der Lage in Israel oder Jerusalem zu tun, sondern sei ein innerpalästinensisches politisches Manöver.

Die Konfrontation habe in Jerusalem begonnen und habe sich dann auf den Gazastreifen ausgedehnt, erklärte der Hamas-Vertreter in Teheran, Khaled Qaddoumi, dem iranischen Nachrichtensender Press TV am vergangenen Donnerstag. »Die Zivilisten in Jerusalem Al-Quds versuchten sich gegen extremistische Siedler zu verteidigen, die unsere heilige Moschee betreten wollten«, sagte Qaddoumi. Die Siedler seien erfolgreich gestoppt worden, doch dann habe die israelische Armee eingegriffen und die »Unterdrückung gegen unsere Zivilisten in Jerusalem und Scheich Jarrah« fortgesetzt. Israel habe nicht auf die Warnungen des Widerstandes (Hamas, Islamischer Jihad) gehört, sagte Qaddoumi und forderte den Rückzug der israelischen Armee aus der Al Aksa Moschee, aus Scheich Jarrah und Ostjerusalem.

Hamas-Sprecher Abdul-Latif al Qanu erklärte am Montag, Israel werde sich schließlich den Bedingungen des palästinensischen Widerstandes unterwerfen müssen. Die Angriffe der israelischen Kampfjets auf zivile Ziele seien Kriegsverbrechen und »zeigen die Brutalität des Besatzungsregimes«. Die Angriffe auf die palästinensische Infrastruktur, Straßen, Häuser mache deutlich, daß Israel »nicht in der Lage ist, den Angriffen des Widerstandes zu begegnen.«

»Wen wir treffen, den treffen wir«

Zwei Millionen Menschen leben im dicht besiedelten Gazastreifen. Es gibt keine Schutzbunker, die Grenzen sind geschlossen. Bei den Angriffen der israelischen Luftwaffe, Artillerie und von Kriegsschiffen wurden Wohnblocks, Hochhäuser, Schulen, ganze Straßenzüge, Krankenhäuser und das einzige Testlabor für COVID-19 ganz oder teilweise zerstört. Unter den mehr als 200 Toten – die traurige Bilanz vom Dienstagmorgen –, sind mindestens 58 Kinder und Jugendliche, 34 Frauen und 15 alte Menschen. Ganze Familien wurden ausgelöscht. Mehr als 40.000 Menschen haben Schutz in UNO-Einrichtungen, vorwiegend in Schulen gesucht, mehr als 2.000 Menschen wurden durch die Zerstörung ihrer Häuser obdachlos.

Trotz deutlicher Aufforderungen im UNO-Sicherheitsrat nach einer sofortigen Waffenruhe erklärte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, man sei »noch nicht fertig«, und der Krieg werde so schnell nicht aufhören. Man wolle »keine zivilen Opfer«, behauptete der in Deutschland geborene Arye Sharuz-Shalicar, Sprecher der israelischen Armee, im Deutschlandfunk und im deutschen Staatsfernsehen.

Auf den Hinweis, daß Dutzende der Getöteten im Gazastreifen Kinder und Jugendliche seien, erklärte der Armee-Sprecher, bis zu 80 Prozent der Opfer im Gazastreifen hätten mit den Terroristen zu tun. Nach Armee-Statistik seien »160 Hamas und Islamischer Jihad-Terroristen« getötet worden. »Das können auch 16-, 17- und 18-jährige sein, weil Terror insbesondere auch von Heranwachsenden dort geleistet« werde. Die israelische Armee habe »präzise Angriffe ausgeführt und (...) wen wir treffen, den treffen wir«.

Ziel der israelischen Angriffe sei es, die Infrastruktur von Hamas und dem Islamischen Jihad zu zerschlagen. Man werde »so lange weitermachen, sie zu bekämpfen und ihre Waffenlager, Raketen-Abschußrampen und sie selber auch, wenn es sein muß, zu erwischen, um hier wieder Ruhe reinzubringen für beide Seiten, für die Menschen in Israel, aber auch für die Menschen im Gazastreifen, die auch leider unter dieser Hamas und dem islamischen Dschihad leiden«, so Armee-Sprecher Arye Sharuz-Shalicar im Interview mit dem Deutschlandfunk.

USA verhindern UNO-Beschluß

Der UNO-Sicherheitsrat ist seit Beginn der schweren Kämpfe bereits drei Mal zusammengekommen, ohne eine gemeinsame Erklärung zu verabschieden. Am vergangenen Sonntag konnte das dritte Treffen live verfolgt werden. Am Ende der mehr als dreistündigen Debatte, an der zahlreiche Außenminister teilnahmen, waren 14 der 15 Staaten im UNO-Sicherheitsrat bereit, für die von China, Norwegen und Tunesien vorgelegte Erklärung zu stimmen. Die USA verweigerte ihre Zustimmung – zum dritten Mal.

China kritisierte die USA indirekt, bereits zwei Mal eine gemeinsame Erklärung blockiert zu haben. »Der Sicherheitsrat trägt die erste Verantwortung für die Wahrung von Frieden und Sicherheit in der Welt«, hieß es in der chinesischen Erklärung. »Bedauerlicherweise konnte der Sicherheitsrat bisher nicht mit einer Stimme sprechen, weil ein Land das verhindert.« UNO-Generalsekretär Antonio Guterres warnte, die Kampfhandlungen könnten in einen unkontrollierbaren Krieg eskalieren. Der norwegische Diplomat Tor Wennesland, UNO-Sonderkoordinator für den Nahost-Friedensprozeß, schilderte die schwierige Lage. Dann kamen die Vertreter Palästinas und Israels zu Wort.

Die Stimme der Palästinenser

Der palästinensische Außenminister Riyad al-Maliki sagte, ihm fehlten die Worte, den Horror zu beschreiben, den Kinder und Familien im Gazastreifen aktuell erleben müßten.

15 Mitglieder einer Familie seien bei einem israelischen Angriff auf einen Schlag ausgelöscht worden, das jüngste Kind sei ein Jahr alt gewesen. »Stellen Sie sich vor, wenn die Welt um sie herum zerbricht und Sie Ihre Kinder nicht schützen können«, wandte er sich an die Botschafter und Außenminister. Israel betreibe Kolonialpolitik und begehe Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und »Israel weiß was es tut«.

Die Frage für die Palästinenser sei, warum Israel ein »Recht auf Selbstverteidigung« zugestanden werde, während die Palästinenser, wenn sie sich verteidigten, Terroristen genannt würden? Und was werde die internationale Gemeinschaft, der UNO-Sicherheitsrat tun, um die Palästinenser zu schützen? »Werden gegen Israel Sanktionen verhängt? Wird es eine militärische Intervention geben? Werden die Beziehungen auf Eis gelegt und ein Waffenembargo gegen Israel verhängt?«

Israel appelliere an die Welt, sich in seine Lage zu versetzen und sage »Versetzen Sie sich in unsere Lage« (wörtlich: »put yourself in our shoes«, tragen Sie unsere Schuhe). Doch Israel trage keine Schuhe, Israel sei eine Kolonialmacht und trage Stiefel: »Israel ist ein bewaffneter Dieb, der in unsere Häuser eindringt, uns bestiehlt und das damit begründet, daß es sich sichern müsse«, so Al Maliki. »Für uns gilt diese Sicherheit nicht? Warum versetzen Sie sich nicht einmal in unsere Lage?«

Für die Palästinenser gebe es keinen sicheren Ort, sie seien entrechtet und enteignet und vertrieben in alle Welt. Alle Staaten, die Kolonialismus und Apartheid erlebt hätten, würden die Palästinenser unterstützen. »Jerusalem ist nicht zu verkaufen, unsere Wurzeln sind tief, unsere Geschichte ist alt, unser Erbe ist in jedem Stein dieser Stadt«, sagte al Maliki. »Krieg und Frieden gehen von Jerusalem aus, von Sheikh Jarrah. Am 73. Jahrestag der Nakba versucht Israel uns noch immer zu vertreiben.«

Israel spricht

Angesichts der Raketen auf Jerusalem, »unsere Hauptstadt«, habe man keine Wahl gehabt, als die »Terrormaschine« der Hamas »ein für alle Mal« zu stoppen, erklärte der israelische Botschafter Gilad Erdan. Die Hamas habe ihre Waffen überall zwischen der Zivilbevölkerung versteckt. In dem Hochhaus, in dem ausländische Medien ihre Büros gehabt hätten, seien Geheimdienstzentralen der Hamas gewesen, behauptete er, ohne Beweise dafür vorzulegen.

Das Tunnelsystem der Hamas gehe kreuz und quer durch die Stadt, verlaufe unter Wohnhäusern und Spielplätzen. Die Hamas müsse zur Rechenschaft gezogen werden und Israel werde das tun. Man danke den Staaten, die wie die USA und andere Israels »Recht auf Selbstverteidigung« anerkannt hätten.

Der Sicherheitsrat habe zwei Möglichkeiten, schloß der israelische Botschafter seine Erklärung. Es könne »eine falsche, unmoralische Gleichwertigkeit herstellen zwischen dem Handeln einer Demokratie, die das Leben schützt, und einer Terrororganisation, die den Tod glorifiziert«, indem er alle Seiten zur Zurückhaltung auffordere. Sollte der Sicherheitsrat sich so entscheiden, habe er versagt, der Kreislauf der Gewalt werde angeheizt und die Chancen für Frieden geschwächt.

Aber der Sicherheitsrat habe auch die Möglichkeit, die Hamas einstimmig zu verurteilen und »die heldenhaften Anstrengungen Israels« unterstützen sich zu verteidigen und die »terroristische Infrastruktur der Hamas zu zerstören«. Dann könne die Hamas nicht länger palästinensische Kinder zu menschlichen Schutzschilden machen und seine »Terrormaschine« in Hochhäusern, Krankenhäusern, Schulen verstecken. »Sie können Israel unterstützen, indem Sie die Entmilitarisierung des Gazastreifens fordern«, forderte Erdan. Dann könne man für eine Regierung in Gaza sorgen, die »in das Wohl der Bevölkerung investiert und nicht in die Zerstörung des israelischen Staates«.

Israel habe bereits seine Wahl getroffen, schloß der Botschafter seine Ausführungen: »Wir werden alle notwendigen Schritte unternehmen, um unser Volk zu verteidigen. Jetzt sind Sie an der Reihe. Die Welt sieht zu.«

»Die Besatzung ist die Quelle des Konflikts«

Der aktuelle Konflikt sei Folge des »illegitimen Verhaltens Israels«, sagte der jordanische Außenminister Ayman Safadi. Frieden in der Region werde es nicht mit Siedlungsbau geben, nicht mit der Beschlagnahme von Land, nicht mit der Zerstörung von palästinensischen Häusern oder mit der Vertreibung der Palästinenser. »Die Besatzung ist die Quelle des Konflikts«, so Safadi. Jordanien setze sich für die Zwei-Staaten-Lösung ein, die Grenzen von 1967 für den Palästinensischen Staat müßten von Israel anerkannt werden. Bis heute gelte das Angebot der arabischen Staaten, das sich »Land für Frieden« nenne, so Safadi. Israel habe alles getan, um diese Initiative zu untergraben.

Am Ende der öffentlichen Sitzung erklärte China, zusammen mit Norwegen und Tunesien eine Erklärung vorzubereiten, der hoffentlich alle zustimmen würden. Die USA lehnten erneut ab und stellte sich damit hinter Israel, das seine Entscheidung für die Fortsetzung des Krieges gegen den Gazastreifen schon getroffen hatte.

Der Krieg geht weiter

Am Dienstag wurde bekannt, daß der UNO-Sicherheitsrat erneut am Abend (Ortszeit) zusammentreten wird. USA-Präsident Joe Biden habe sich für einen Waffenstillstand ausgesprochen, berichteten deutsche Medien.

Nicht erwähnt wurde, daß Biden bereits am 5. Mai, also noch vor Beginn des neuen Krieges in Nahost, den Verkauf präzisionsgelenkter Waffen im Wert von 735 Millionen Dollar an Israel genehmigt hatte. Dabei handelt es sich um »Joint Direct Attack Munition« (JDAM) Systeme, die von Boeing hergestellt werden. Diese Nachrüstsets für Direkt-Angriffs-Munition werden seit dem Kosovokrieg (1998/99) in großer Zahl in Afghanistan, im Irak und in anderen Kriegen eingesetzt und gehören zu den wichtigsten Luft-Boden-Waffensystemen der NATO. Politische Beobachter in Washington gehen davon aus, daß der USA-Senat trotz des Krieges dem Waffengeschäft zustimmen werde.